



Regierungsratsbeschluss vom 06. November 2018

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement; Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter; Vernehmlassung

P181168

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

In Erfüllung der Motion Caroni («Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter») schlägt der Bundesrat mit dem vorliegenden Vernehmlassungsentwurf eine Änderung in Artikel 140 Absatz 1 Litera b^{bis} der Bundesverfassung zur Einführung des obligatorischen Referendums für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter vor. Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage, da sie Mitsprache der Bevölkerung und damit die demokratische Legitimation des Völkerrechts stärkt.

